

# Zukunftsgestaltung als gemeinsames Projekt aller Bürger



Dr. Peter Kurz

Das Gelingen oder das Scheitern von Integration in unserer Gesellschaft entscheidet sich letztlich vor Ort, insbesondere dort, wo sich durch Zuzug, Vielfalt, Umbruch und Gegensätze auf engem Raum immer wieder „Urbanität“ entwickelt. Dies ist eine Haltung, die Menschen lehrt, mit Nähe und Distanz sowie mit Unterschieden und Gemeinsamkeiten umzugehen. Integration ist für den vhw ein zentrales Handlungsfeld zukunftsorientierter Stadtentwicklungspolitik. In der vhw-Roadmap ist festgehalten, was das bedeutet: die soziale, ethnische, demografische und ökonomische Vielfalt der Stadtgesellschaft als Chance zu begreifen, die Potenziale dieser Vielfalt für die Stärkung der Stadtgesellschaft auszubauen und die Milieus der Stadtgesellschaft aktiv in die Gestaltung einer erfolgreichen Integrationspolitik einzubeziehen.

Gelingende kommunale Integrationspolitik zu gestalten, bedeutet gleiche Teilhabechancen zu gewährleisten. Dabei geht es um eine Politik, die die Zukunftsgestaltung zum gemeinsamen Projekt aller Bürger macht und damit alle teilhaben lässt. Das bedeutet auch, sich in unseren Sozialräumen, den Stadtteilen dafür einzusetzen, dass ungleichen Lebenschancen entgegengewirkt wird und neue Aufstiegschancen für jene geschaffen werden, die ausgeschlossen zu werden drohen. So gefasst ist Stadtentwicklungspolitik auch Gesellschaftspolitik mit dem Anspruch der Emanzipation der Bürger. Wichtige Leitlinien einer solchen Politik sind:

**Integration und integrierte Stadtentwicklungspolitik als Zentralaufgabe sehen**  
Erfolgreiche Integration ist kaum denkbar ohne „integrierte Stadtentwicklung“. In Anlehnung an die „Leipzig-Charta“ geht es für eine integrierte und integrative Stadtentwicklungspolitik um eine ressortübergreifende Arbeit, die Orientierung auf alle und die Einbeziehung aller Gruppen der Stadtgesellschaft.

## **Integration und integrierte Stadtentwicklungspolitik als Zentralaufgabe sehen**

Erfolgreiche Integration ist kaum denkbar ohne „integrierte Stadtentwicklung“. In Anlehnung an die „Leipzig-Charta“ geht es für eine integrierte und integrative Stadtentwicklungspolitik um eine ressortübergreifende Arbeit, die Orientierung auf alle und die Einbeziehung aller Gruppen der Stadtgesellschaft.

## **Eine Politik des Respekts und der interkulturellen Öffnung**

In unseren Städten geht es um ein klares Bekenntnis zu Vielfalt und Migration als urbanen Zugewinn und Lebendigkeit – auf Seiten von Politik, Verwaltung, Wirtschaft wie Bürgerschaft. Unverzichtbar ist dabei auch die interkulturelle Öffnung der städtischen Institutionen, von Politik und Wirtschaft bis zu den zivilgesellschaftlichen Organisationen und den politischen Partizipationsprozessen.

## **Integration durch Partizipation und bürgerschaftliches Engagement verbessern**

Das Engagement der Bürger in ihrem Stadtteil, in Projekten, die der Stadtteilentwicklung dienen, ihr Einsatz für öffentliche Aktivitäten, in Unterstützungsnetzwerken sichert Teilhabe und stärkt den sozialen Zusammenhalt. Angebote und Konzepte der Bürgerbeteiligung sind dabei immer auch unter dem inklusiven Aspekt der soziokulturell breiten Beteiligung aller stadtgesellschaftlichen Milieus anzugehen. Der Vielfalt der sozialen Milieus und der Migranten-Communities und den darin liegenden Chancen werden die meisten der bisherigen Partizipationsangebote nicht gerecht. Stadtteilbezogene Projekte haben gezielt auf eine Einbeziehung dieser Gruppen in die Projekte zu setzen.

## **Sozialräumliche Integration richtet sich insbesondere an benachteiligte Sozialräume**

Die räumliche Spaltung der Stadt nimmt zu. Eine Antwort muss an den speziellen Herausforderungen der einzelnen Quartiere ansetzen. Das Leitbild der „idealtypisch durchmischten Wohngebiete“ hilft selten weiter. Wir brauchen eine stärkere Orientierung auf die spezifischen Bedürfnisse der vorhandenen Bewohnerinnen und Bewohner. Auf diese müssen unsere Unterstützungsmaßnahmen ausgerichtet werden.

## **Bildung steht im Zentrum der sozialräumlichen und integrativen Entwicklung**

Die Bildungseinrichtungen im Stadtteil müssen als Zentrum eines die Bildungsprozesse unterstützenden Netzwerks (Bildungslandschaft) verstanden werden. Diese Netzwerke beziehen alle Akteure des Stadtteils, die etwas zum Bildungserfolg beitragen können, mit ein. Insbesondere werden durch die Akteure des Netzwerks auch die Eltern angesprochen. In den Kindertageseinrichtungen und Schulen sind die interkulturellen Kompetenzen zu stärken. Kindertageseinrichtungen sind in den benachteiligten Quartieren zu Eltern-Kind-Zentren auszubauen. Schulen mit erhöhten Integrationsaufgaben brauchen mehr Unterstützung (Ergänzungsdeputate, Schulsozialarbeit). Sie müssen Ganztagsangebote beinhalten und die Eltern mit einbeziehen. Die Integrationsangebote des Bundes und der Länder sind auszuweiten und mit den Angeboten der Kommunen und freien Träger zu verknüpfen. Das Erlernen der deutschen Sprache ist ein notwendiger Schritt, um Teilhabechancen wahrzunehmen.

Dr. Peter Kurz

Oberbürgermeister der Stadt Mannheim  
und Verbandsratsvorsitzender des vhw